

KATI SESTERHENN
UND KLAUS BECHTOLD

Referent_innen im Hessischen Jugendring



: Jetzt nicht!

Warum an der Jugend sparen keine Option sein darf

Am 18. September 2024 hat Bundesjugendministerin Lisa Paus den 17. Kinder- und Jugendbericht (KJB) der Öffentlichkeit vorgestellt. Der Bericht beschreibt die Lage und das Aufwachsen junger Menschen in Deutschland aus verschiedenen Perspektiven. Die Autor_innen des Berichts konstatieren, dass die heutige Jugend so divers ist wie selten zuvor. Es gibt nicht die eine Jugend, es gibt viele Jugenden.

Dabei geht es nicht nur um politische Orientierung und Jugendkultur. Es macht einen Unterschied, ob man in einer Stadt lebt, wo die Freiräume für junge Menschen gerade wieder schwinden, oder auf dem Land, wo es einen chronischen Mangel an Angeboten für junge Menschen gibt. Es macht einen manifesten Unterschied, ob man eine Migrationsgeschichte hat oder nicht, ob man in Armut oder gut situiert aufwächst. Und das Aufwachsen ist ein anderes, je nachdem ob man queer ist oder nicht, ob man eine Behinderung hat oder nicht. Die Autor_innen betonen des Weiteren, dass junge Menschen durch viele gesellschaftliche Veränderungen unter Druck stehen und sehr gefordert sind – vielen fehlt die Zuversicht auf eine gute Zukunft.

Die Gründe sind vielfältig und offensichtlich. Hinter der Jugend von heute liegt eine Covid19-Pandemie, die die persönliche Entwicklung teils stark beeinträchtigt hat. Der russische Angriff auf die Ukraine macht deutlich: Frieden in Europa ist keine Gewissheit mehr. Und auch der sich zuspitzende Nahostkonflikt trägt sich fort bis in die hiesigen Klassenzimmer und Hörsäle. Daneben zeichnet sich – wahrnehmbar durch Extremwetterereignisse wie Dürren, Hitzeperioden und Flutkatastrophen – die Klimakrise als neue Normalität ab.

Viele globale Entwicklungen zeichnen aktuell eine ungewisse Zukunft. Kein Wunder, dass junge Menschen heute mit kritischem Blick auf die Welt schauen, sich Orientierung und Sicherheit wünschen.

„Aus der enormen Belastung junger Menschen durch Krisen und Transformation und ihrer benachteiligten Position innerhalb unserer Gesellschaft erwächst eine besondere Verpflichtung ihnen gegenüber.“

Doch junge Menschen sind strukturell bei gesellschaftlichen und politischen Aushandlungsprozessen benachteiligt. Nicht nur sind sie eine immer kleiner werdende Minderheit in einer alternden Gesellschaft, in der ihre Interessen bezüglich Nachhaltigkeit, Klimaschutz und Generationengerechtigkeit aus dem Blick zu geraten drohen. Sie haben auch die wenigsten Mitbestimmungsrechte. Viele junge Menschen realisieren, dass ihre Stimme kein politisches Gewicht hat. Viele empfinden Politik als kurzsichtig, schwerfällig, undurchschaubar und in sich nicht schlüssig. Daraus resultiert ein geringes Vertrauen in politische Institutionen.

Ihre politische Sozialisation fällt in eine Zeit, in der unsere Demokratie enorm unter Druck steht und vermeintliche Selbstverständlichkeiten wie die Garantie der Menschenrechte infrage gestellt werden. Plötzlich erscheint unsere offene demokratische Gesellschaft sehr fragil und in der Defensive. Man möchte sagen: Dann müssen wir jetzt handeln – für mehr Jugendbeteiligung, mehr politische Bildung, mehr Bildungsgerechtigkeit, mehr Inklusion! Für eine verlässliche Kinder- und Jugendhilfe, die Halt und Orientierung gibt und Chancen ausgleicht. Für eine Kinder- und Jugendhilfe, die Vielfalt und Partizipation fördert, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie stärkt. Aber für all das braucht es eine sichere finanzielle Förderung.

Stattdessen aber kreist der Rotstift über den öffentlichen Haushalten von Bund, Ländern und Kommunen. Überall wird von Streichungen und Kürzungen gesprochen, die auch die öffentlichen Leistungen für Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene betreffen. Den Trägern der Jugendarbeit ruft man bereits zu: „Zieht euch warm an, es kommen schwere Zeiten auf euch zu.“ Aber Kinder und Jugendliche können sich nicht warm anziehen!

Der 17. Kinder- und Jugendbericht macht deutlich: Aus der enormen Belastung junger Menschen durch Krisen und Transformation und ihrer benachteiligten Position innerhalb unserer Gesellschaft erwächst eine besondere Verpflichtung ihnen gegenüber. Sie sind mehr denn je auf eine verlässliche und leistungsstarke soziale Infrastruktur angewiesen. Es wäre nicht nur ein fatales politisches Signal, jetzt an Kinder- und Jugendarbeit, politischer Bildung, Kindertagesbetreuung oder inklusiver Ausgestaltung der Kinder- und Jugendhilfe zu sparen. Es wäre auch ein De-invest in eine Generation, die mehr verdient hat.